

# Antrag E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Laufende Nummer: 1003

<b>Antragsteller*in:</b>	Gewerkschaftsrat
<b>Status:</b>	Angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
<b>Auf diesen Antrag verweisende Anträge:</b>	E 085, E 087, E 097, E 099, E 104, E 106, E 107, E 108, E 109, E 110, E 111, E 112, E 113, E 114, E 115, E 116, E 117
<b>Sachgebiet:</b>	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik
<b>Antragsblock:</b>	SG E - USG E.6 Friedenspolitik - Einzelabstimmung
<b>Blockabstimmung über die Empfehlungen der AK zu den Änderungsanträgen zu E 084</b>	Ja: (66.381 %) 543 Nein: (33.619 %) 275 Enthaltung: 38 Gültige Stimmen: 856
<b>Abstimmung über die Empfehlung der AK</b>	Ja: (79.444 %) 657 Nein: (20.556 %) 170 Enthaltung: 26 Gültige Stimmen: 853
<b>Zusammenfassung der Änderungen:</b>	Zeile 28 (Änderungsantrag E 084 -Ä010) - Angenommen Zeile 39 (Änderungsantrag E 084 -Ä002) - Angenommen in geänderter Fassung Zeile 83 - 85 (Änderungsantrag E 084 -Ä003) - Angenommen in geänderter Fassung Zeile 120 (Änderungsantrag E 084 -Ä008) - Angenommen

- 1 Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg  
2 Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach  
3 dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die  
4 Menschen in der Ukraine gebracht.
- 5 Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine,  
6 die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören  
7 auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und  
8 fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 9 ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen  
10 Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung,  
11 gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem  
12 großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch  
13 immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung  
14 in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat\*innen und Söldner\*innen zu  
15 opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die  
16 Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland  
17 seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die  
18 ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die  
19 westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert  
20 sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.

21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen  
22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine  
23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen  
24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen  
25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die  
26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die  
27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.  
28 Die aktuellen Sanktionen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Dies liegt auch  
daran, dass die Vermögensverhältnisse in Europa so intransparent sind, dass es nicht  
möglich ist, konsequent gegen die Vermögen russischer Oligarchen vorzugehen. ver.di  
fordert deshalb Transparenz über die Vermögensverhältnisse in Deutschland und Europa  
herzustellen, um konsequent die Stützen des russischen Regimes in den Fokus der  
Sanktionen nehmen zu können. Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung  
treffen lehnt ver.di ab. Darüber hinaus muss Russland aufgezeigt werden, mit welchen  
Schritten es zur Aufhebung der Sanktionen kommen kann. Eine Perspektive, die die  
russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will, lehnt ver.di ausdrücklich ab. Die  
Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf  
29 ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der  
30 Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des  
31 Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.

32 Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um  
33 Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen  
34 aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und  
35 eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu  
36 verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie  
37 Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere  
38 gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem  
39 Konflikt zu werden. Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht  
Deutschland immer mehr zur Kriegspartei. ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-  
Marschflugkörper an die Ukraine ab. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht  
gefährdet werden.

40 Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar:  
41 Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen  
42 Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für  
43 etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für  
44 Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt  
45 und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses  
46 Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa  
47 indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen  
48 reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen  
49 sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den  
50 Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie  
51 sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach  
52 Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese  
53 unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen  
54 respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die  
55 Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

56 Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine  
57 ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in  
58 Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder  
59 Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen  
60 werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig  
61 tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer  
62 Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert  
63 die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle  
64 diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von  
65 Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für  
66 Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

67 Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die  
68 zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der  
69 Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden  
70 militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur  
71 Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen  
72 Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele  
73 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat\*innen und tritt für eine  
74 Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parlamentsarmee bleibt, ihrem  
75 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im  
76 Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation  
77 zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an  
78 Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle  
79 Beschäftigten, einschließlich der Soldat\*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre  
80 Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat\*innenberuf kein Beruf wie jeder  
81 andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen  
82 Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der  
83 Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. [Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr](#). Die Entscheidung der Bundesregierung, keine  
84 Rekrutierung Minderjähriger zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein  
85 richtiger Schritt. [\(Erläuterung: s. ver.di-Beschluss A 230 vom 3. Bundeskongress 2011\)](#)

86 Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften  
87 Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen  
88 andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen,  
89 Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher  
90 Kleidung von Soldat\*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch,  
91 dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach  
92 Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher  
93 Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der  
94 Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine  
95 originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher  
96 Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel.  
97 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form  
98 eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus  
99 dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie  
100 KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale

101 Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven  
102 Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur  
103 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher  
104 von ver.di abgelehnt.

105 Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel  
106 der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven  
107 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben  
108 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit  
109 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark  
110 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist  
111 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und  
112 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen  
113 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der  
114 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines  
115 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die  
116 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer  
117 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di  
118 sich auch im Interesse der Kolleg\*innen in der Bundeswehr ein.

119 So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von  
120 deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer ~~grenzenlosen~~  
121 Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum  
122 einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer  
123 Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und  
124 Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle  
125 Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und  
126 Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt  
127 oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf,  
128 sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das  
129 die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete  
130 Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird.  
131 Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar,  
132 die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in  
133 räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die  
134 Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer  
135 Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten,  
136 dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den  
137 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

138 Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und  
139 gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine  
140 teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im  
141 Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie  
142 Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer  
143 körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben  
144 frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die  
145 internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die  
146 Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

147 Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den  
148 letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische  
149 Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in  
150 Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln  
151 von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen  
152 Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen  
153 die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam,  
154 mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver  
155 Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine  
156 und weltweite kontrollierte Abrüstung.

157 ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht  
158 nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit,  
159 Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung,  
160 ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt  
161 Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die  
162 Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere  
163 Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf  
164 vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich  
165 niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende  
166 Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und  
167 dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an  
168 deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der  
169 europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung  
170 verpflichtet sieht.

171 Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger\*innen zu  
172 verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen  
173 Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten  
174 Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.